

amtliche Bekanntmachung

020 K 024/23



AMTSGERICHT SIEGEN

BESCHLUSS

I.

Der Versteigerungstermin am 14.05.2024 wird aufgehoben.

Grund: Verhinderung der zuständigen Rechtspflegerin

II.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 06.08.2024, 13:30 Uhr,
im Amtsgericht in Siegen, Berliner Straße 21-22, Saal 010**

das im Grundbuch von Krombach Blatt 412 eingetragene Grundstück

Grundbuchbezeichnung:

Gemarkung Krombach Flur 16 Flurstück 90, Gebäude- und Freifläche,
Oberseifen 16, 1097 qm groß

versteigert werden.

Das Versteigerungsobjekt befindet sich im Gebiet der Stadt Kreuztal.

Bebauung laut Gutachten ohne Gewähr für die Richtigkeit:

eingeschossiges, teilunterkellertes Zweifamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, freistehend, Baujahr 1936, Anbau 1967 gem. Schlussabnahme, Erweiterung 2001, fiktives Baujahr 1988, Wohnfläche: rd. 167 qm

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 09.05.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 257.000,00 EUR festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Siegen, 19.03.2024